

Vossische



Zeitung

60 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 6 Mark und 50%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 690.

Das Moratorium für Deutschland beschlossen

Grundsätzliche Entscheidung in Cannes

Ausführliche Beratungen über die Leistungen für 1922. — 500 oder 800 Millionen?

Cannes, 7. Januar. (Reuter.)

Die Konferenz beschloß, Deutschland unter noch festzusetzenden Bedingungen für einen Teil seiner Zahlungen Aufschub zu gewähren.

*

Es handelt sich bei diesem von Reuter gemeldeten Beschluß offenbar zunächst erst um den prinzipiellen Beschluß; über die Modalitäten wird noch im Ausschuss für die Reparationsfragen verhandelt, und man rechnet, wie Havas mitteilt, damit, daß diese Vorbesprechungen noch den größeren Teil der nächsten Woche in Anspruch nehmen werden, bevor man zu einer endgültigen Regelung gelangen werde, die der Oberste Rat beschließen könne.

Cannes, 7. Januar. (Havas.)

Ueber die gestrige Vormittagsitzung des Ausschusses wird mitgeteilt:

Die Zusammenkunft der mit der Vorprüfung des Reparationsproblems beauftragten Minister hat bis 1.30 nachmittags gedauert. Die Minister haben von der Beantwortung des Fragebogens, der den Sachverständigen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorgelegt wurde, Kenntnis genommen. Die Erörterung erstreckte sich auf die Frage, ob es möglich wäre, den Betrag der von Deutschland zu erlangenden Zahlungen in Geld für das Jahr 1922 zu erhöhen, dagegen aber die Sachlieferungen zu vermindern. An dem Meinungsaustausch beteiligten sich hauptsächlich Worthington, Evans, Soucheur und Thénis. Die Beratung wird um 6 Uhr abends wieder aufgenommen werden.

Einzelheiten berichtet eine weitere Havasmeldung. Danach beraten die alliierten Minister und Sachverständigen in gesonderten Sitzungen, die Sachverständigen studieren in der Hauptsache die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die belgischen Delegierten, unterstützt von ihren französischen Kollegen, sind tatsächlich der Ansicht, Deutschland könne 1922 eine höhere Summe als die 500 Millionen Goldmark, die in London vorgeschlagen seien, bezahlen, sie hätten darauf bezügliche Dokumente vorgelegt und seien der Ansicht, daß das Deutsche Reich in diesem Jahre wenigstens 300 Millionen mehr in Geld bezahlen könne.

Endlich berichtet Havas noch, man habe sich am Freitag abend einer Sitzung genähert, durch die Belgien mehr erhalten würde als ursprünglich vorgesehen sei, die dementsprechend die Anforderungen an Deutschland heraufsetze.

Die Konferenz von Genua.

Deutschland und Rußland.

Cannes, 7. Januar. (W. T. B.)

Die verbündeten Minister, die die Grundlage für ein Konförium geschaffen haben, das bestimmt sein soll, an der wirtschaftlichen Wiedererhebung Europas zu arbeiten, werden eine Zusammenkunft haben, um das Programm für die europäische Wirtschaftskonferenz festzustellen.

London, 7. Januar. (W. T. B.)

In den Mitteilungen über die Begründung des Beschlusses, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, ist für Deutschland die ausdrückliche Erklärung Lloyd Georges besonders wichtig, man dürfe Deutschland nicht dadurch zur Verzweiflung bringen, daß man zu hohe Anforderungen an es stelle; sonst werde man Deutschland dem Bolschewismus in die Arme treiben. Ferner habe Lloyd George erklärt, Deutschland könne Reparationen erst dann in nennenswerter Höhe leisten, wenn es imstande sei, seinen Handel mit Rußland wiederherzustellen. Lloyd George habe versucht, den Satz durchzudrücken: Auch Hindernisse politischer Art, die Schaden zufügen könnten, müßten durch die Verkehrsbeziehungen der Völker untereinander beseitigt werden. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Briand seien die Worte „politischer Natur“ aus dem Titel gestrichen worden.

Lloyd Georges Rede in Cannes hat in der Presse große Anerkennung gefunden. „Daily Telegraph“ schreibt, es sei

gut, daß die Tatsache, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit von der Wiedereröffnung Rußlands für den Handel abhängt, so freimütig dargelegt worden sei. Das Hauptfächliche sei die Frage der Bedingungen, unter denen die Teilnahme Rußlands erfolgen solle. Es sei daher noch zu früh, Lloyd Georges im Prinzip ausgezeichneten Vorschläge als bereits verwirklicht anzusehen. „Morning Post“ schreibt, die neuen Garantien, die von den Bolschewisten gefordert werden, müßten mehr als nur Verpflichtungen sein.

„Daily Chronicle“ sagt, wenn die Minister in Cannes zu den Einzelheiten kämen, würde die Frage der Garantien vielleicht Schwierigkeiten verursachen. Jedermann, der Widerstand leisten wolle, könne es tun, indem er Bedingungen verlange, denen weder Berlin noch Moskau entsprechen wolle.

Einladung Deutschlands?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 7. Januar.

Um drei Uhr nachmittags wird aus Cannes gemeldet, daß die Lage sich gründlich geändert habe. Der Oberste Rat wird heute abend um sieben Uhr zusammentreten, da die englischen Delegierten verlangt haben, daß Deutschland über die Reparationsfrage angehört werde. Das sei die in Vorbereitung befindliche Einladung an Dr. Rathenau. Der Oberste Rat werde in seiner heutigen Abend Sitzung über diese Frage schlüssig werden.

*

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Cannes soll der Oberste Rat in seiner Abend Sitzung beschloßen haben, die deutsche Regierung aufzufordern, sofort einige Sachverständige nach Paris zu entsenden. Der Korrespondent fügt hinzu, er habe Grund zu der Annahme, daß die Sachverständigen, sobald sie in Paris eingetroffen sind, aufgefordert werden, ebenfalls nach Cannes zu kommen.

Cannes, 7. Januar. (W. T. B.)

Die englische Delegation soll angesichts der Verhandlungen über die Frage der deutschen Reparationszahlungen für das Jahr 1922 die Absicht haben, den Antrag zu stellen, auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages Deutschland anzuhören. In diesem Artikel wird bekanntlich bestimmt, daß den Vertretern Deutschlands nach Billigkeit Gehör gegeben werden muß, wenn die Frist der vorgesehene Zahlungen oder die Form der Zahlungen abgeändert werden. Ein derartiger Beschluß kann natürlich nur vom Obersten Rat in einer Vollversammlung gefaßt werden. Deshalb tritt dieser heute abend um 7 Uhr zusammen.

Wenn man in alliierten Kreisen herumhört, kann man ohne Mühe feststellen, daß der Antrag der Belgier, von der deutschen Regierung im Laufe dieses Jahres eine Barzahlung von 750 Millionen Goldmark zu verlangen, im Widerspruch steht mit all dem, was die englischen Sachverständigen im Laufe der letzten Monate über die deutsche Zahlungsfähigkeit festgelegt haben. Die Engländer sind des Glaubens, daß eine derartige Mehrbelastung notwendigerweise den Marktläus noch weiter herabdrücken würde, daß also eine derartige Maßnahme die Stabilisierung der Mark nicht herbeiführen werde, auf die die Engländer ganz besonderen Wert legen, um die Kaufkraft der Mark zu heben. Es wird hier angenommen, daß die Debatte über diese Frage schon heute abend im Obersten Rat zu einer allgemeinen Auseinandersetzung über das Problem der Reparationszahlungen im allgemeinen führen muß.

Der Sonderberichterstatter des W. T. B. meldet: Der Oberste Rat ist um 7 Uhr nachmittags zusammengesessen und wird die Anhörung des deutschen Vertreters bei der Reparationskommission Dr. Fischer entweder vor der Reparationskommission in Paris oder in Cannes über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sowie über die innerdeutschen Maßnahmen zur Herstellung des Gleichgewichts beschließen.

Rathenau beim Kanzler.

Dr. Rathenau, der gestern abend aus Paris in Berlin eingetroffen ist, hatte unmittelbar nach seiner Ankunft eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler. Er wird morgen in einer sogenannten Chefbesprechung des Kabinetts über seine jüngsten Pariser Eindrücke berichten.

(Siehe auch vierte Seite.)

Der Aufschub.

Von
Georg Bernhard.

Daß Dr. Rathenau, statt nach Cannes zu fahren, vorläufig nach Berlin zurückgekehrt ist, kann nicht bestritten werden. Aber weshalb er zurückkam, weiß niemand von den Außenstehenden. Und keiner von ihnen vermag zu sagen, wie der Erfolg seiner Reise beurteilt werden muß. Wenn man sich an die bisher vernommenen Reden von Lloyd George und Briand halten darf, so möchte es beinahe scheinen, als ob ein glücklicher Stern über der bisherigen Tätigkeit Rathenaus gewaltet hat. Doch wir wollen, ehe wir ein abschließendes Urteil fällen, erst die kommenden Deklarationen der im Rat vereinigten alliierten Mächte über die Reparationsfrage abwarten. Es wäre vielleicht richtiger, wenn die rechtsstehende Presse sich ähnlich verhielte. Sie bezieht sich allzu sehr, wieder einmal den „Mißerfolg“ der Wirklichen Erfüllungspolitik vorauszusagen. Es scheint uns, daß die Zurückhaltung der Börse höher zu bewerten ist als die Ueberhaft der regierungsfeindlichen Zeitungen. Freilich ist man es im neuen Deutschland ja schon gewohnt, daß in parteipolitischer Auseinandersetzung mit zweierlei Maß gemessen wird: bei den eigenen Leuten ist schon das Ausbleiben eines Mißerfolges ein Erfolg, das Nichtstun eine Tat; wenn der Parteigegner aber langsam sicheren Erfolg vorbereitet, dann kann es gar nicht schnell genug gehen, und ein jeder Weg zu neuer Erfolgsetappe wird mit Schmähungen und Anwürfen begleitet. Hat jemand etwa glauben dürfen, daß sich zwischen Briand und Rathenau die alte Geschichte zwischen Glaukos und Diomedes wiederholen würde, die die „Ilias“ verzeichnet? Die beiden Felder, die zum Zweikampf gegeneinander aus den Lagern der Griechen und Troer ausgezogen waren, erkannten sich im Wechselgespräch als Gastfreunde und tauschten im Freundschaftsstausch ihre Rüstungen. Glaukos gab seine goldene gegen die eiserne des Diomedes hin. Selbst dem alten Homer, der das Wertverhältnis von hundert zu neun Farren feststellte, kam die Geschichte etwas merkwürdig vor. Und er entschuldigt den Leichtsinns des Glaukos damit, daß Zeus ihn erregt und der Besinnung beraubt habe. Auch in das Wallen der Götter ist inzwischen mehr Vernunft gekommen. Und es war im besonderen nicht anzunehmen, daß Rathenau von Lloyd George und Briand mit dem Golde Englands und Frankreichs beladen in die Heimat zurückkehren würde.

Es genügt uns auch völlig, daß dem Deutschen Reich die Aussicht bleibt, allmählich wieder seine Wirtschaft in die Höhe zu bringen und ein vollwertiges Glied der europäischen Gemeinschaft zu werden. Daß die Möglichkeit solcher Genügendung überhaupt gegeben ist, sollten, auch wenn der Weg lang und schwer sein wird, gerade diejenigen anerkennen, deren Politik bisher das Reich aus den Fugen zu reißen drohte. Die rechtsstehenden Parteien können sich allerdings formell darauf berufen, daß sie teils gar nicht, teils nur vorübergehend in der Regierung gesessen haben. Aber die Stimmung, die sie verbreiteten, der Gefühlssterror und die Verdächtigungsschlammflut, die von ihnen ausging, hat bis zur Reichsanzlerschaft Births jede Regierung beeinflusst und gehemmt. Die Rücksicht, die insbesondere von den Flügelparteien auf sie genommen worden ist, hat die Regierungen dauernd in schlechte Lagen gebracht und hat in der Welt draußen den Glauben verbreitet, daß die Zweipartigkeit und Zweideutigkeit früherer deutscher Politik als Tradition und Erbschaft auch in das neue Deutschland mit übernommen worden sei. Nun sollten sie doch wenigstens in Ruhe erst einmal abwarten, wie sich die endgültigen Erfolge der Wirklichen Politik gestalten. Schließlich ziehen wir alle, zu welcher Partei wir auch immer gehören mögen, doch an dem gleichen Strang. Es ist doch das gemeinsame Vaterland, um dessen Wohl und Wehe gehandelt wird, und verständige Männer sollten in solcher Situation sich doch nicht die Logik jenes kleinen Jungen zu eigen machen, der vergnügt im Schnee herumtanzt und ausruft: „Es ist meinem Vater ganz recht, wenn mir die Hände erfrieren, warum kauft er mir keine Handschuhe!“

Man wird andererseits aber auch in der Regierung und ihr nahestehenden Kreisen gut daran tun, die Hoffnungen nicht zu überspannen. Bis jetzt ist weiter gar nichts angekündigt als die Stundung eines Teiles der deutschen Zahlungsverpflichtungen für das laufende Jahr. Das kann sehr wenig, das kann aber auch sehr viel sein. Sehr wenig wäre es, wenn dieselbe Politik wie früher in Deutschland wieder aufgenommen würde. Denn dann wären wir nach einem Jahr genau so weit, wie wir heute sind. Es ist aber andererseits sehr viel, wenn eine verständige, möglicherweise sogar eine verbesserte Politik weiter getrieben wird. Denn dann wird über die gestundeten Beträge in einer reinen Atmosphäre verhandelt werden, und dann werden sich sehr leicht aus den vorläufigen Stundungen endgültige Verbesserungen entwickeln.

Es steht auch schon jetzt fest, daß die Chancen, die Deutschland bei späteren Verhandlungen über die Tilgung der jetzt